

PRESSEMITTEILUNG

Berlin, den 15. November 2022

Jedes fünfte Kind in Deutschland wächst in Armut auf: Breites Bündnis fordert mehr Geld für die Bekämpfung von Kinderarmut

Die evangelische arbeitsgemeinschaft familie (eaf) fordert gemeinsam mit Verbänden, Gewerkschaften, zivilgesellschaftlichen Organisationen und namhaften Unterstützer:innen die Bundespolitik dazu auf, Kinderarmut entschieden zu bekämpfen und die dafür notwendigen Mittel im Bundeshaushalt zur Verfügung zu stellen. Dabei müssen soziale Infrastruktur und monetäre Leistungen ineinandergreifen.

"Ein solidarisches, ein reiches Land wie Deutschland darf nicht akzeptieren, dass jedes fünfte Kind in Armut lebt. Als eaf verstehen wir es als unseren Auftrag, gemeinsam mit unseren Bündnispartnern immer wieder darauf hinzuweisen und unsere Stimme für Familien und Kinder zu erheben. Unsere Forderungen bleiben aktuell, bis die Bundesregierung endlich eine auskömmliche und existenzsichernde Kindergrundsicherung umsetzt. Die Einführung des Bürgergeldes im Januar 2023 ist ein weiterer wichtiger Schritt auf diesem Weg. Parteipolitisches Geplänkel und Verzögerungen bei der Umsetzung treffen hier die Schwächsten der Gesellschaft – Familien und Kinder", so Svenja Kraus, Bundesgeschäftsführerin der eaf.

Die unterzeichnenden Organisationen des Ratschlags Kinderarmut haben heute die gemeinsame Erklärung „Solidarität mit armutsbetroffenen Kindern, Jugendlichen und ihren Familien – besonders in der Inflationskrise!“ herausgegeben. Darin fordern sie, Armutslagen von jungen Menschen nicht länger hinzunehmen, sondern endlich das nötige Geld in die Hand zu nehmen, um ihnen ein gutes Aufwachsen zu ermöglichen.

Von Armut betroffen zu sein, bedeutet für Kinder und Jugendliche konkret nicht nur eine unzureichende Versorgung mit Gütern des alltäglichen Bedarfs, sondern auch geringere Bildungschancen und weniger Möglichkeiten zur sozialen Teilhabe. Nachdem sich diese Problemlagen durch die Corona-Pandemie verschärft haben, drohen nun mit den aktuellen Preissteigerungen zusätzliche Einschränkungen im Alltag, besonders für Familien mit geringem Einkommen.

In der Erklärung fordern die unterzeichnenden Organisationen die Politik daher dazu auf, die Interessen und Bedarfe von Kindern und Jugendlichen endlich in den Mittelpunkt zu rücken und die dafür notwendigen finanziellen Mittel bereitzustellen. Gerade angesichts der steigenden Preise, die für viele Privathaushalte und soziale Einrichtungen schwer zu stemmen sind, darf jetzt

nicht am falschen Ende gespart werden. Es ist unsere Aufgabe, die Lebensgrundlage und die Ansprüche von Kindern und Jugendlichen zu sichern!

Die gemeinsame Erklärung basiert auf dem Wissen, dass für eine erfolgreiche Armutsbekämpfung monetäre Leistungen und Investitionen in die Infrastruktur nicht gegeneinander ausgespielt werden dürfen. Für ein Aufwachsen in Wohlergehen benötigen Kinder und Jugendliche beides: eine auskömmliche finanzielle Absicherung und eine gut ausgebaute soziale Infrastruktur, durch die alle Kinder und Jugendlichen dazu befähigt werden, ihre Potenziale und Talente zu entwickeln.

Ansprechpartnerin: Svenja Kraus, E-Mail: info@eaf-bund.de

*Die **evangelische arbeitsgemeinschaft familie e. V. (eaf)** ist der familienpolitische Dachverband in der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD). Die Interessen der Evangelischen Familienbildung werden in der eaf vom **Forum Familienbildung** vertreten.*